

Höherer Steuerzuschuss an Krankenkassen

Berlin. Die Große Koalition hat sich auf eine Erhöhung des Bundeszuschusses für die Krankenkassen verständigt. Der Betrag soll 2008 bei 2,5 Milliarden Euro und 2009 bei 4 Milliarden Euro liegen. Bislang war für das kommende Jahr ein Zuschuss von 1,5 Milliarden Euro geplant, der 2009 auf drei Milliarden Euro anwachsen sollte. Der Bundeszuschuss soll in den kommenden Jahren bis auf rund 14 Milliarden Euro anwachsen. Das entspricht der Summe, die für die beitragsfreie Mitversicherung der Kinder in der GKV benötigt wird.

Konferenz zur Klinischen Bewertung

Berlin. Hersteller von Medizinprodukten können bereits bei der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren im Rahmen der klinischen Bewertung die Anforderungen der Krankenkassen an die Vergütung neuer Medizintechnologien berücksichtigen. Wie, das zeigt die MedInform-Konferenz „Von der klinischen Bewertung zur Vergütung neuer Medizintechnologien“ am 13. März 2007 in Bonn auf. Die Veranstaltung richtet sich an Hersteller, Leistungserbringer, Anwender und Kostenträger. Programm und Anmeldung unter: www.bvmed.de (Veranstaltungen).

Trust Barometer 2007

Frankfurt. Unternehmen aus Deutschland, Schweden und Kanada erreichen weltweit die höchsten Vertrauenswerte. Das sind wichtige Ergebnisse des jährlichen Trust Barometers, das Edelman zum achten Mal erhoben hat. Ausführliche Ergebnisse unter: www.edelman.de (Latest News).

BMG: Fragebogenaktion zur Aufbereitung

Berlin. Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) will einen Erfahrungsbericht zur Aufbereitungspraxis von Medizinprodukten erarbeiten. Beteiligt werden Organisationen der Ärzte, der Kliniken, der Medizintechnologie und der Fachverbände, z. B. die Deutsche Gesellschaft für Hygiene. Darüber hinaus kann jeder über einen Fragebogen Stellung nehmen. Mehr unter www.bmg.bund.de (Pressemeldung vom 26. Januar 2007).

Gesundheitsreform im Bundestag beschlossen BVMed: Mehr Schatten als Licht

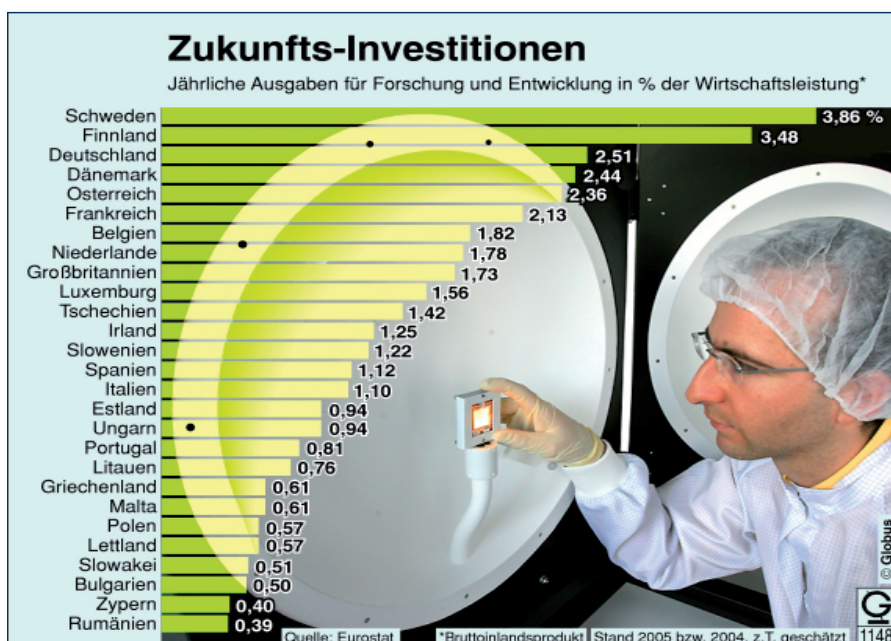
Berlin. Der Bundestag hat am Freitag die Gesundheitsreform beschlossen. Sie soll am 1. April 2007 in Kraft treten. Der Bundesrat muss noch zustimmen. Der BVMed sieht in der Reform aus Sicht der MedTech-Industrie „mehr Schatten als Licht“. Besonders kritisch sieht der Verband die Regelungen im Hilfsmittelbereich. Die politische Vorgabe, 300 Millionen Euro durch Ausschreibungen einzusparen, sei unverständlich und werde den sensiblen Marktgegebenheiten mit vielen älteren und chronisch kranken Menschen nicht gerecht. Der BVMed setzt nun auf eine vernünftige und mit den Partnern im Markt abgestimmte Vorgehensweise der Krankenkassen beim Umgang mit

Ausschreibungen von Hilfsmittelversorgungen. Auch im Bereich der Innovationsförderung, um einen schnelleren Zugang für den Patienten zu neuen Verfahren der Medizintechnologie sicherzustellen, seien Chancen verpasst worden, so BVMed-Geschäftsführer **Joachim M. Schmitt**. Positiv sei die sechsmonatige Fristenregelung bei Entscheidungen des Gemeinsamen Bundesausschusses, nach deren Ablauf neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden erstattet werden müssen. Allerdings fehle es nach wie vor an stärkeren Mitwirkungsrechten der Medizinprodukteindustrie. Mehr: www.bvmed.de (Presse).

„Qualitäts- statt Preiswettbewerb“

Berlin. Mehr Wettbewerb um die Qualität der medizinischen Versorgung statt einer reinen Preisfokussierung: In dieser Forderung waren sich Kassenvertreter und die Unternehmen der Medizintechnologie auf einer BVMed-Konferenz zu den Auswirkungen der Gesundheitsreform am 31. Januar 2007 in Berlin einig. „Mehr Wettbewerb um die Qualität“, forderte beispielsweise AOK-Chef **Dr. Hans Jürgen Ahrens**. „Billig-billig ist nicht die Ausrichtung, die wir uns leisten können“, so IKK-Chef **Rolf Stuppardt**. Die Kassenvertreter boten den Unternehmen eine

konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung an. „Die Medizinprodukteindustrie und die Leistungserbringer im Hilfsmittelbereich sind zu einem konstruktiven Dialog bereit“, griff BVMed-Geschäftsführer **Joachim M. Schmitt** das Angebot auf. Für den Klinikbereich plädierte **Heinz Kölling**, Präsident des Verbandes der Klinikdirektoren (VKD), das auch hier die Qualität der Versorgung im Vordergrund stehen müsse. Mehr: www.bvmed.de (Presse).



Die 27 EU-Länder haben 2005 200 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Das ist ein Anteil von 1,8 Prozent am Bruttoinlandsprodukt.

Der EU-Durchschnitt liegt damit deutlich hinter den USA (2,7 Prozent) und Japan (mehr als drei Prozent). Deutschland hat einen Anteil von 2,51 Prozent.